

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsdruckerei: Wachholtz Dresden.
Vertriebspreis-Commisnummer: 25 241
Nur für Nachbestellungen: 20 011

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 31. Dezember 1926 bei täglich zweimaliger Zustellung ins Haus 1,50 Mk. Postbezugspreis für Monats Dezember 3 Mark ohne Postzustellungsgeld.
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet. Die einseitige 30 mm breite Zeile 30 Pfg. für 10 Zeilen. Familienanzeigen und Erlänge ohne Rabatt 10 Pfg. mehr als 20 Pfg. bis 90 mm breite Reklamsätze 150 Pfg. mehr als 200 Pfg. Oberlangenbühler 10 Pfg. Zusam. Aufträge gegen Vorzuschaß.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 33/42.
Druck u. Verlag von Ullrich & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit Quellenangabe „Dresdner Nachr.“ zulässig. Unberichtigte Schreibfehler werden nicht verbessert.

Das Zentrum nennt Stegerwald als Kanzler.

Nach wie vor Neigung des Zentrums nach links. — Die Macht der Mitte soll erhalten bleiben.

Amerj spricht Deutschland das Recht auf Kolonien ab. — Wie Coolidge den Militarismus Amerikas zu verschleiern sucht.

Bermutungen über den kommenden Kanzler.

Weitere Zentrumspromaganda gegen rechts. Berlin, 30. Dezember. Nach einer dem Zentrum nahe liegenden Korrespondenz soll der Reichspräsident es abgelehnt haben, einen auf Bildung eines Kabinetts der Rechten hinweisenden Auftrag zu erteilen. Ebenfalls dürfte der Reichspräsident geneigt sein, den bisherigen Reichskanzler Marx erneut mit der Kabinettsbildung zu beauftragen. Als am nächsten Kandidat gälte vielmehr der Zentrumskandidat Stegerwald, der aber die Kanzlerschaft nur in einem Kabinett der Großen Koalition, für das sich auch die „Germania“ einsetzt, zu übernehmen bereit sein soll. Für den Fall, daß Stegerwald scheitert, gälte die Betrauung von Dr. Curtius als wahrscheinlich, die aber im Zentrum auf Schwierigkeiten stoßen dürfte, da man sich im Zentrum kaum damit einverstanden erklären werde, daß sowohl der Kanzlerposten, wie der des Außenministers der Volkspartei überlassen werde.

Gegen den Gedanken der Bildung einer Regierung der Rechten erklärt sich ebenso wie die „Germania“ die „Alldeutsche Volkszeitung“ in scharf ablehnendem Sinne. Das Reichliche Zentrumblatt schreibt u. a.: „Herrn von Goebbels Pläne sind durchschaut. Ihnen gegenüber kann nur festgehalten werden, daß sich im Zentrum niemand finden wird, der es mit seiner Verantwortung vereinbaren würde, die Politik der mittleren Linie nach rechts verschieben zu lassen. Das Schweregewicht muß bei den Mittelparteien verbleiben, von denen wir meinen, daß sie ihre Aufgabe darin zu sehen hätten, die außenpolitische Befriedung durchzuführen und sämtliche, in Sonderheit aber die besetzten Volksschichten, in ein innigeres Verhältnis zu Staat und Volk zu bringen. Dazu ist die Mitarbeit der Sozialdemokratie erwünscht.“

Der Parteianführer der Sozialdemokratischen Partei tritt am 10. Januar zusammen. Er wird voraussichtlich die bisherige Haltung der Fraktion billigen und die innerhalb der Fraktion bestehende Tendenz unterstützen, die Bildung einer neuen Regierung der Mitte mindestens nicht zu erschweren.

sofern in den schwebenden politischen Fragen, besonders auch in den sozialpolitischen, entsprechende Zusicherungen gegeben werden.

Der Neujahrsempfang im Reichspräsidenten-Palais.

Berlin, 30. Dezember. Wie alljährlich empfängt der Reichspräsident am 1. Januar mittags 12 Uhr die fremden Missionen zur Entgegennahme ihrer Neujahrsglückwünsche. Zum Empfang der Botschafter und Gesandten steht vor dem Reichspräsidentenpalais wie üblich eine Ehrenwache von Reichswehrsoldaten auf, die die Vertreter der fremden Mächte, ihrem Range entsprechend, begrüßen. Als Tönen des diplomatischen Korps überbringt Runtius Pacelli die Glückwünsche der Missionen, worauf Reichspräsident von Hindenburg in einer Ansprache danken wird. Ferner finden beim Reichspräsidenten die Neujahrsempfänge der Reichsregierung, des Reichsrats, des Reichstages, der Reichswehr und der Reichsbankevertreter statt. Namens der Reichsregierung überbringt Reichskanzler Marx dem Reichspräsidenten die Glückwünsche, worauf Hindenburg gleichfalls mit Dank und Glückwunsch erwidern wird. Den Silvesterabend verbringt der Reichspräsident im engsten Kreise seiner Familie.

Eine kommunistische Lüge über Hindenburg.

Berlin, 30. Dezember. Von kommunistischer Seite war berichtet worden, daß der Reichspräsident das Beugungsangebot des Kommunisten Rau abgelehnt habe. Rau ist nämlich, sein Aufenthaltsort ist unbekannt. Solange dies der Fall ist, kann auch eine Beugung desselben nach den bestehenden Bestimmungen nicht in Frage kommen.

Dr. Peterlen wieder Bürgermeister von Hamburg.

Hamburg, 30. Dez. Der Senat hat für das Jahr 1927 den Bürgermeister Dr. Peterlen zum ersten Bürgermeister und den Bürgermeister Dr. Schramm zum zweiten Bürgermeister wiedergewählt. (W. T. V.)

In Furcht und Schrecken vor den Franzosen.

Endwischhafen, 29. Dez. (Von einem Mitarbeiter aus dem besetzten Gebiet.) Es war am Tag vor dem Heiligabend. In Mannheim wurde die neue Friedrich-Ebert-Brücke eingeweiht. Bei Einbruch der Dunkelheit erstrahlte die Brücke im Lichterschimmer einer weithin sunkehenden Beleuchtung. Raketen flammten auf zum dunklen Nachthimmel und vielerlei anderes Feuerwerk entlud sich mit Zischen und Krachen. Die Kanonenschüsse schallten die Explosionen durch die klare Winterluft. Doch während sich die Mannheimer Bevölkerung an diesem festlichen Schauspiel erfreute, bemächtigte sich in vielen Ortsteilen der benachbarten Pfalz der Bewohner Furcht und Schrecken. Und die weil in Mannheim alles zum Licht drängte, haben sich (wie wegen der Feterstage erst jetzt bekannt wird) zahlreiche Pfalz-bewohner veranlaßt, schlussendlich alle Lichter auszulöschen und sich fluchtartig in das Dunkel ihrer Keller zu begeben. Und warum? Weil sie nicht gewußt hatten, daß in Mannheim eine festliche Brückeneinweihung mit viel lautem Feuerwerk stattfand, weil sie vielmehr unter der Nachwirkung des Landauer Schandurteils in einer Art Rückfall von Kriegspolizei be-schäftigt hatten, daß der von Mannheim herüberrollende „Ranonendonner“ keine Ursache in irgendeiner plündernden Aktion und „Sanktion“ der französischen Soldateska habe, daß es vielmehr zu einem bewaffneten Zusammenstoß mit der Zivilbevölkerung gekommen sei und französische Bomben-geschwader ein neues „Strafgericht“ hielten. . . .

Stundenlang hielten sich so am Vorabend des Friedens-festes die verängstigten Bewohner mehrerer Pfalz-dörfer zitternd und frierend in bangen Ungewißheit in ihren dunklen Kellern an.

Klingt solche Mitteilung nicht wie ein bitterer Scherz? Doch leider ist sie bittere Wahrheit. Wie wir von durchaus zuverlässiger Seite erfahren haben, ereigneten sich diese Vorgänge an dem genannten Abend in den pfälzischen Dörfern Pöhlheim, Deutschheim und Lambsheim, sowie teilweise sogar auch in der Amtshadt Frankenthal. Eine Telephonistin des Frankenthaler Fernsprechanlages war volle zwei Stunden lang damit in Anspruch genommen, die aus der ganzen Pfalz kommenden Anrufe nach den Ursachen der fort-dauernden Detonationen zu beantworten.

Sollte man acht Jahre nach Friedensschluß, einen Tag vor dem großen Friedensfest, einen solchen Rückfall in die Angstpolizei der Kriegszeit bei der friedlichen Bevölkerung eines friedlichen Landes überhaupt für möglich halten? Die erwähnten Tatsachen sprechen leider eine zu berechtigte und zu überzeugende Sprache. Die Deutschen in unbesetzten Gebieten, und vor allem die im Herzen Deutschlands, die niemals die brutale Willkür fremdländischer Besatzungstruppen mit ansehen und am eigenen Leibe gespürt haben, die niemals mitten in kalter und dunkler Nacht bei Fliegeralarm aus ihren warmen Betten heraus, nur notdürftig bekleidet, mit Frau und Kindern in die Keller flüchten mußten, können sich vielleicht von einer solchen Polizei keine Vorstellung machen und mögen sogar darüber lächeln. Doch wir hier im besetzten Gebiet, die wir in den Kriegsjahren nur gar zu oft unter diesen stets überraschend kommenden Schrecknissen gequält haben, verstehen die Panik der pfälzischen Bevölkerung nur allzu gut. Daß sie aber heute noch möglich ist, acht Jahre nach Beendigung des Krieges, daß man auch heute noch, nach Locarno, Tchoir und unserem Völkerbundsbeitritt offen Kriegshandlungen ohne jede vorherige Ankündigung kriegslos annehmen kann, ist ein charakteristisches aber erschütterndes Zeichen dafür, weßten die Bevölkerung auf Grund ihrer jahrelangen Erfahrungen die französische Besatzung für fähig hält. Und daß es nicht grundlos geschieht, hat der standhafte Freispruch des Mörder-Rouvier in Vaudan gezeigt, der auf der Heimkehr nach Frankreich an der französischen Grenze begeistert begrüßt wurde und dem zu Ehren die Militär-gelände im Flaggenschmuck prangten. Der in normalen Zeiten unbedingt lächerlich wirkende Vorfall in den kleinen Pfalzdörfern wird damit zu einer schweren Anklage gegen das Besatzungsregime.

Ein Vergleich mit dem deutschen Verhalten während der zwei-jährigen Besetzung französischer Bodens 1871 liegt auf der Hand. Wie himmelweit verschieden

das Verhalten der „Barbaren“ zu dem heutigen Verhalten der „Grande Nation“ gegenüber ist, dafür ist sehr charakteristisch eine jetzt von der „A.S.M. Ztg.“ wieder einmal aus Licht gezogene Kritik der „Times“, die, als die deutschen Truppen 1873 Frankreich verließen, klug und klar feststellte: „Wie ist eine bewaffnete Macht besser in der Hand gehalten und fester von aller Tyrannel über ein besiegtes Volk zurückgehalten worden, als die deutschen Besatzungstruppen.“ . . . Daß es zu solcher Anerkennung von neutraler Seite kommen konnte, war die Folge davon, daß der damalige Oberbefehlshaber der deutschen Truppen, General Freyberg v. Mantuffel, vom Kaiser und von Bismarck den strengen Befehl erhalten hatte die französische Bevölkerung schonend und ritterlich zu behandeln. Wie sehr der General von Mantuffel diese Anweisung befolgte, erhellt daraus, daß er den Franzosen gegenüber wiederholt eine derartig weitgehende Rücksicht walten ließ, daß Bismarck sich äußerte, Mantuffel habe in dieser Hinsicht gelegentlich „die Grenzen des Höchstmöglichen“ . . . Die heutigen Franzosen werden sich und den übrigen niemals einen solchen Vorwurf zu machen brauchen.

Scharfe Krise zwischen Mexiko und Washington.

Calles lehnt die Besuche der Ölgesellschaften ab

Abberufung des amerikanischen Botschafters in Mexiko. New York, 30. Dez. Präsident Calles hat das Ersuchen der amerikanischen Ölgesellschaften, die Frist zur Einreichung der Konzessionsanträge zu verlängern, mit der Begründung abgelehnt, daß die Souveränität der mexikanischen Nation das Recht gebe, die Gesetze zu erlassen, die sie als richtig erachte. Den Gesellschaften bleiben somit nur noch 48 Stunden, um den Forderungen der mexikanischen Regierung nachzukommen.

Die Antwort des Präsidenten Calles ist 18 Gesellschaften ausgegangen. Im amerikanischen Staatsdepartement und in Washingtoner politischen Kreisen betrachtet man die Situation als kritisch. Man rechnet mit einer Abberufung des amerikanischen Botschafters in Mexiko, falls den amerikanischen Gesellschaften durch die Maßnahmen der mexikanischen Regierung Schaden zugefügt werden sollte. Weitere diplomatische Schritte sind von amerikanischer Seite nicht mehr geplant. — Die Meldungen, wonach sich mehrere amerikanische Ölgesellschaften dem neuen mexikanischen Gesetz gefügt haben, haben bisher noch keine Bestätigung gefunden. (Z. U.)

Coolidge gegen den Militarismus — der anderen.

Eine Rede Coolidges zum 150. Jahrestage der Schlacht von Trenton.

Trenton (New Jersey), 30. Dez. Bei der Feier des 150. Jahrestages der Schlacht von Trenton und des berühmten Überganges Washingtons über den Delaware hielt Coolidge auf einem Festessen eine Ansprache, in der er sagte: Ich glaube nicht, daß wir durch die Rückkehr zum Rüstungsweltkrieg die Friedenspolitik fördern können. Während ich für eine „angemessene“ Armee und Marine eintrete, bin ich gegen jeden Versuch, das amerikanische Volk zu militarisieren. (Und die militärische Jugenderziehung? D. Red.) Wenn die Militarisierung bis in ihre letzten logischen Konsequenzen durchgeführt wird, so ist das Ergebnis immer ein vollständiger Mißerfolg. Wir können der Menschheit keinen besseren Dienst erweisen, als unseren ganzen Einfluß aufzubringen, um die Welt davon zu bewahren, wieder in die Gewalt dieses verabscheuten Systems zu geraten.

Coolidge erklärte weiter: Zu sehr beruhen die internationalen Beziehungen auf der Furcht. Die Völker rühten sich, daß sie den Mut haben, gegeneinander zu kämpfen. Wann werde die Zeit kommen, wo sie auch den Mut haben, einander zu vertrauen? Selmer Ansicht nach sei größeres gegenseitiges Vertrauen und der Welt gegenseitiger Hilfsbereitschaft in der Welt zurzeit im Zunehmen begriffen, und diese Entwicklung widerspreche der Unabhängigkeitstheorie nicht. Die amerikanische, schloß Coolidge, habe, während sie auf ihrer Un-

abhängigkeit bestanden, sich niemals der Anerkennung der Tatsache verschlossen, daß sie einen Teil der zivilisierten Welt bilden, und daß sie nicht nur sich selbst, sondern auch anderen in hohem Maße zu Danke verpflichtet sind. Aber die Amerikaner sind heute, wie zu Washingtons Zeiten, entschlossen, eigene Herren ihres Schicksals und Selbstherrscher über ihr Verhalten zu sein. Amerika ist hart genug und tapfer genug, um sich jedem Versuch zu widersetzen, den der Geist des Militarismus machen könnte, sich der Welt zu bemächtigen. (W. T. V.)

Diaz von den Liberalen völlig geschlagen.

London, 30. Dez. Die letzten Berichte aus Nicaragua bekräftigen, daß die liberalen Revolutionäre nach dreitägigem Kampf den Sieg über die Regierung davongetragen haben. Viele Regierungstruppen, die den Rückzug ergriffen, wurden getötet, der Rest, ungefähr 400 Mann, wurde gefangen genommen. 600 Mann der sich zurückziehenden Truppen des Präsidenten Diaz hatten sich nach El Puff zurückgezogen, wo sie von amerikanischen Marinekräften erfaßt und wurden, die das Gebiet als neutrale Zone erklärten. (Z. U.)

Revolutionäre Bewegung in Transkaukasien.

Riga, 30. Dezember. Nach Meldungen aus Tiflis sind in Transkaukasien im Zusammenhang mit der Aufhebung einer angeblichen politischen Geheimorganisation von Georgiern erneut zahlreiche Verhaftungen vorgenommen worden. Der größte Teil der Verhafteten wird nach Nordrußland verfrachtet, während die übrigen handrechtlich erschossen werden.

Massenhinrichtung kurdischer Banditen.

London, 30. Dezember. Nach Meldungen aus Konstantinopel hat das östliche Unabhängigkeitstribunal 80 Kurden wegen Raub und Mord zum Tode verurteilt. Die Urteile sind bereits vollstreckt worden. Zahlreiche andere Angeklagte wurden zu längeren Gefängnisstrafen verurteilt. Im Blickpunkt des Anklägers wurde darauf hingewiesen, daß sich die Angeklagten nach dem Befehl des Aufstandes im Jahre 1925 als die „unbeweinte Familie“ des Nationalhelden bezeichnet und das Land terrorisiert hätten.

Die Kommunisten in Olfauen doch erschossen.

Wemel, 30. Dez. Wie nunmehr aus einer amtlichen Mitteilung aus Romo hervorgeht, sind die vier vom Feldgericht zum Tode verurteilten Kommunisten doch erschossen worden.

Bombenattentate in Korea.

New York, 30. Dez. In Seoul wurden zwei Bombenattentate gegen japanische Panikhäuser verübt, wobei drei Personen getötet und sechs verwundet wurden. Dem Ansehen nach handelt es sich um kommunistische Terrorakte.